

**DEMOGRAFISCHER WANDEL** Entwickelt sich Deutschland zu einer Republik der Rentner, die ihre Enkel ausbeuten?

# Kraftprobe zwischen Alt und Jung

**STREITGESPRÄCH** Ex-CDU-Ministerpräsident Bernhard Vogel (75) und die Grünen-Abgeordnete Anna Lührmann (24) glauben nicht an einen Krieg der Generationen. Über die außerplanmäßige Rentenerhöhung können sie sich trotzdem nicht einigen

**Rheinischer Merkur:** Herr Vogel, droht uns eine „Altersdemokratie“? Altbundespräsident Herzog hat davor gewarnt. Der Soziologe Meinhard Miegel sieht eine „Altenrepublik“ auf uns zukommen.  
**Bernhard Vogel:** Ich finde diese Begriffe überzogen. Wahr ist, dass sich der Altersaufbau der Bundesrepublik ändert. Das ist aber keine neue Erscheinung: Nach dem Zweiten Weltkrieg fehlten die Jungen, später gab es einen Babyboom, jetzt sterben mehr Menschen, als Babys geboren werden. Auch mit dieser Situation werden wir fertig werden, wenn wir uns anstrengen.

**Anna Lührmann:** Nur weil jemand ein bestimmtes Alter hat, trifft er ja nicht eine bestimmte Wahlentscheidung. Das unterstellt Roman Herzog jedoch. Sehr, sehr viele Ältere wollen, dass es ihren Kindern und Enkeln besser geht als ihnen selbst. Genauso wollen viele Jüngere, dass Ältere ein Auskommen haben. Man muss sich davon lösen, dass jeder nur das tut, was seinem eigenen Interesse entspricht.

**RM:** Das hört sich sehr nobel an. Wenn die Ressourcen knapp werden, ist sich doch jeder selbst der Nächste.

**Vogel:** Diese These vom übertriebenen Egoismus jedes Einzelnen kann ich nicht teilen. Es ist doch selbstverständlich, dass Eltern ihren Kindern helfen wollen.

**Lührmann:** Das Gerechte vom „Generationenkrieg“ ist völlig übertrieben. Dann müsste ich ja Krieg gegen meine Oma führen. Das ist völlig absurd.

**Vogel:** Ich sehe keinen Krieg der Generationen heraufziehen. Weil ich der Generation der Großeltern angehöre, verweise ich darauf: Großeltern führen keinen Krieg gegen Enkel.

**RM:** Ist es nicht etwas naiv zu sagen, dass jede Generation selbstlos ist?

**Vogel:** Natürlich ist nicht jede Generation nur selbstlos. Jede Generation weiß aber auch, wer ihre Eltern sind und denkt in der Regel auch an ihre Kinder.

**RM:** Wenn man Ihnen beiden so zuhört, könnte man meinen: Alles ist in bester Ordnung.

**Vogel:** Nein, es ist keineswegs alles in bester Ordnung. Aber wenn ich nicht bei jeder Bemerkung „Katastrophe“ und „Ende der Demokratie“ rufe, heißt das ja nicht, dass alles zum Besten steht. Das heißt, dass wir schwerwiegende Probleme haben, gleichzeitig aber auch wissen: Probleme lassen sich lösen. Ich will ermuntern, sie anzugehen und nicht vor ihnen zu resignieren.

**Lührmann:** Das sehe ich ähnlich: Angst ist generell ein schlechter Ratgeber im Leben. Wichtig ist, dass wir jetzt die richtigen politischen Konsequenzen ziehen.

**RM:** Hätte die Große Koalition dann nicht auf die außerplanmäßige Rentenerhöhung verzichten sollen?

**Vogel:** Die Rentenerhöhung passt nicht in unser Ordnungsgefüge. Das muss man in der Tat kritisch anmerken. Man muss allerdings auch sagen, dass nicht alle, aber sehr viele Rentner in den vergangenen Jahren Einbußen hinnehmen mussten, weil die Preise gestiegen sind. Damit werden sie nicht fertig.

**Lührmann:** Unter den steigenden Preisen haben aber nicht nur Ältere zu leiden, sondern vor allem auch Familien und Ge-

»Die These vom Egoismus des Einzelnen kann ich nicht teilen. Es ist doch klar, dass Eltern ihren Kindern helfen wollen.«

Bernhard Vogel



**Senior:** Bernhard Vogel war Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz und Thüringen. Heute ist er Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung. FOTO: NILS BAHNSEN



**Nachwuchs:** Die hessische Grünen-Politikerin Anna Lührmann ist die jüngste Abgeordnete, die jemals in den Bundestag gewählt wurde. FOTO: CHRISTINA SIEBER

»Ich bin dankbar dafür, was die Älteren geleistet haben. Aber wir müssen jetzt einen Ausgleich finden.«

Anna Lührmann

**RM:** Herr Vogel, in den Achtzigerjahren ging es uns vielleicht so gut wie nie. Haben wir da zulasten der Jüngeren über unsere Verhältnisse gelebt?

**Vogel:** Wir haben zu spät auf die demografischen Probleme reagiert, das ist richtig. Aber es hilft uns nicht weiter, nur frühere Versäumnisse zu bedauern.

**RM:** Drohen uns noch auf anderen Feldern als der Rente Verteilungskonflikte zwischen Jung und Alt?

**Vogel:** Selbstverständlich. Geld ist immer knapp, nicht nur jetzt, sondern seitdem ich denken kann. Man muss darüber streiten, wofür man es ausgibt.

**Lührmann:** Ich denke vor allem an Verteilungskonflikte über Ressourcen wie Wasser oder Öl, die sich verschärfen werden.

**RM:** Haben Jüngere beim Klimawandel andere Interessen, weil sie die schlimmsten Folgen selbst erleben werden?

**Lührmann:** Das ist keine Altersfrage. Es gibt sehr viele Ältere, die sich in der Um-

weltbewegung engagieren. Gleichzeitig wollen viele Junge auf ihren Fahrspaß in großen Autos nicht verzichten.

**RM:** Was muss die Politik tun, um die Interessen der Jüngeren zu wahren?

**Lührmann:** Politiker müssen auch über die nächste Wahl hinausdenken. Deswegen strebe ich zusammen mit einer Gruppe jüngerer Abgeordneter eine Grundgesetzänderung an. Dort muss das Prinzip der Nachhaltigkeit stärker verankert werden. Das heißt aber auch, dass die Neuverschuldung reduziert wird, zum Beispiel durch eine Schuldenbremse. Vor allem aber müssen wir den Klimawandel aufhalten.

**Vogel:** Nichts ist schlimmer, als wenn wir heute das Holz verbrennen, aus dem unsere Kinder ihre Hütten bauen wollen. Aber es ist viel populärer, Geld zu verteilen, als Schulden abzubauen. Das erfordert Politiker, die nicht nur auf Umfragen hören, sondern die auch führen und das durchsetzen, was sie für richtig halten, auch wenn es unpopulär ist.

**RM:** Haben wir solche Politiker?

**Vogel:** Wir haben immer solche und solche...

**RM:** Eine sehr diplomatische Bemerkung...

**Vogel:** Wir haben immer Politiker, die kurzatmig sind. Heute vielleicht einige mehr als früher.

**RM:** Sollten die Politiker nicht so aufrichtig sein und sagen: Die Rente mit 67 reicht noch nicht aus? Wir müssen eher noch länger arbeiten.

**Vogel:** Ich bin hier für völlige Flexibilität. Ich will keinen Dachdecker zur Arbeit zwingen, wenn er dafür zu alt ist. Aber ich persönlich sehe keinen Grund, mich nicht mehr nützlich zu machen, nur weil ich 75 bin. Ich finde es erfreulich, dass sich der Jugendwahn bei uns abschwächt. Es ist gut, wenn mit Frau Lührmann eine so junge Abgeordnete im Bundestag sitzt. Aber ich habe nie verstanden, warum jemand über 65 Jahre nicht mehr in den Bundestag soll. Wir brauchen beides: Jüngere und Ältere. So lange jemand noch etwas beizutragen hat, soll er das tun.

**Lührmann:** Ich kenne in meinem Umfeld auch viele, die sagen: Ich habe keine Lust, mit der Arbeit aufzuhören, nur weil ich 65 bin. Es ist ein Anachronismus, wenn etwa Beamte in diesem Alter in den Ruhestand gehen müssen, obwohl sie noch fit sind. Wer arbeiten will, der soll die Möglichkeit dazu haben. Es war richtig, das Renteneinstiegalter auf 67 zu erhöhen. Für die Gesellschaft war das aber auch ein sehr großer Schritt. Vielleicht muss man die Aufregung darüber erst einmal zur Ruhe kommen lassen und danach weitersehen.

**RM:** Viele sagen, unsere Gesellschaft werde zu alt. Gibt es überhaupt das richtige Alter für eine Gesellschaft?

**Vogel:** Nein, natürlich nicht, das ist Unsinn. Wir können doch nicht eine Formel erfinden, mit der wir ausrechnen, wie alt unsere Gesellschaft sein darf. Es gibt kein festgelegtes Durchschnittsalter einer Gesellschaft. Schon allein deswegen verbietet sich der Begriff „Altenrepublik“.

Das Gespräch führten Jan Kuhlmann und Lisa Maria Boscheinen.

ringverdiener. Bei vielen Rentnern ist das Geld aus der staatlichen Rente auch nur eine von mehreren Quellen des Einkommens. Deshalb finde ich diese Rentenerhöhung über das vorgesehene Maß hinaus auch nicht sozial gerecht. Von einer prozentualen Rentenerhöhung profitieren insbesondere diejenigen, die sowieso schon hohe Rentenansprüche haben. Rentnern mit einer geringen Rente, die besonders unter der Inflation leiden, hilft diese Erhöhung jedoch kaum.

**Vogel:** Gemeint sind die Rentner, die tatsächlich erhebliche Mühe haben, mit ihrem Geld auszukommen. Trotz erheblicher Bedenken ordnungspolitischer Art habe ich deswegen Verständnis für die außerplanmäßige Rentenerhöhung. Die Koalition wollte eine Schiefelage ausgleichen.

**Lührmann:** Dafür gibt es aber eigentlich die Rentenformel, die die Renten an die Löhne koppelt. Trotz des Aufschwungs sind die Löhne kaum gestiegen. Deshalb

wäre es besser gewesen, die Rentenformel nicht zu verändern, sondern die Altersgrundsicherung zu erhöhen.

**Vogel:** Mit einer Formel allein können Sie aber die Zustimmung der Menschen zu unserem Gemeinwesen nicht erreichen.

**RM:** Aber auch die Jüngeren haben viele Ausgaben: Sie finanzieren ihre eigenen Kinder und die Rente ihrer Eltern. Sie müssen gleichzeitig noch selbst etwas für das Alter zur Seite legen. Wann ist die Belastungsgrenze der Jüngeren erreicht?

**Vogel:** Das leugne ich alles nicht. Aber ich leugne auch nicht, dass die ältere Generation viel für die Erarbeitung unseres Wohlstandes geleistet hat. Sie verdient es

deshalb, dass ihre Sorgen vorrangig berücksichtigt werden. Jüngere können sich leichter helfen als Alte. In einem Punkt haben Sie allerdings recht: Der Blick der Politik muss auf alle Altersschichten gerichtet sein.

**RM:** Frau Lührmann, leisten die Jüngeren heute weniger als die Älteren früher?

**Lührmann:** Nein, das sehe ich nicht so. Ich bin sehr dankbar dafür, was die Älteren geleistet haben. Ich will ihnen auch nichts wegnehmen. Aber wir müssen jetzt einen Ausgleich zwischen den Generationen finden. Deswegen darf man die Rentenformel nicht einfach aussetzen, wie es die Große Koalition macht.



**Armdrücken:** Die Verteilungskonflikte zwischen Älteren und Jüngeren in Deutschland werden schärfer.

FOTO: BILDERLOUNGE/VARIO-IMAGES

## Kein Grund für Panikmache

**WAHLVERHALTEN** Ruheständler bekommen mehr Einfluss in der Politik. Deswegen werden sie noch lange nicht zu rücksichtslosen Egoisten

Von Lisa Maria Boscheinen

Senioren, die ihren Nachkommen die Lebensgrundlage rauben – eine erschreckende Vorstellung. Ausgezeichnete junge Leute schufren Tag und Nacht. Dabei haben sie kaum mehr das Nötigste zum Leben. Ausgeplündert werden sie von der Übermacht der Rentner, die einfordert, was sie verdient: einen entspannten Lebensabend mit sicherer Rente. Dafür hat sie schließlich ein Leben lang gearbeitet. Ob der Generationenvertrag noch funktioniert oder nicht – die Alten verschaffen sich ihr Recht. Solche Szenarien mag man sich ausmalen, wenn Altbundespräsident Roman Herzog vor einer „Rentnerdemokratie“ warnt, in der die Politik die Interessen junger Leute vernachlässigt. Berechtigt ist sein Hinweis mit Blick auf den demografischen Wandel: Immer weniger Junge müssen immer mehr Alte finanzieren. Das birgt Konfliktpotenzial.

Doch Herzog hat seine Aussagen sehr zugespitzt. Was erwartet uns wirklich? Die Macht der „Generation 60 plus“ wird größer, so viel steht fest. Bei der Bundestagswahl 2005 waren die 60- bis 70-Jährigen nicht nur mit 9,7 Millionen Wahlberechtigten die zweitgrößte, sondern

mit 85 Prozent Wahlbeteiligung auch die aktivste Altersgruppe. So erwiesen sich die Stimmen der Senioren als doppelt einflussreich. Heute sind 19 Prozent der Deutschen älter als 65 Jahre. Bis zum Jahr 2030 wird es rund ein Drittel aller Bundesbürger sein. Das spiegelt sich in der Altersstruktur der Parteien wider. Ein Drittel aller CDU-Mitglieder war im Jahr 1993 älter als 60 Jahre. 2006 hat jeder Zweite diese Altersgrenze überschritten.

**Dieser Einfluss wirkt sich auf die Politik der Regierung aus.** „Reformen des Rentenrechts werden sich kaum noch durchsetzen lassen“, ist der Mainzer Politologe Jürgen Falter überzeugt. Der Streit um die beschlossene außerplanmäßige Rentenerhöhung sei ein „erstes Wetterleuchten“ im Generationenkonflikt. „Wir haben eine Menge Senioren, die weder Kinder noch Enkel haben“, sagt Falter. „Die schauen stärker auf ihren eigenen Geldbeutel.“

Die Parteien nehmen bereits jetzt Rücksicht auf die Macht der Senioren an der Wahlurne. Gegen den Willen der Alten sei politisch nichts mehr durchzusetzen, sagte Otto Wulff, Vorsitzender der Senioren-Union, dem Rheinischen Mer-

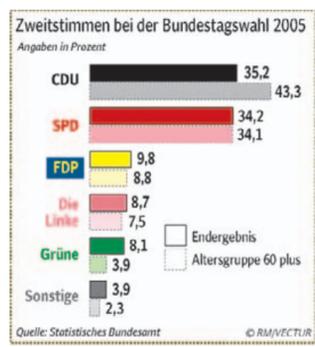
kur. Von der steigenden Zahl älterer Wähler profitieren die großen Parteien. Das verdeutlicht ein Blick auf die Bundestagswahl 2005: 77,4 Prozent der über 60-Jährigen gaben SPD oder Union ihre Zweitstimme. Im Bundesdurchschnitt aller Altersgruppen lagen die großen Parteien gerade mal bei 69,4 Prozent der Stimmen (siehe Grafik). Kleinere Parteien hatten bei jüngeren Wählern mehr Rückhalt.

Ähnliches lässt sich aktuell auf Landesebene beobachten. Die Hälfte der über 60-Jährigen gab der CDU in Niedersachsen ihre Stimme. Im Gesamtergebnis schnitt die Partei gut sieben Prozentpunkte schlechter ab. In Hessen wählten knapp 49 Prozent der über 60-Jährigen die CDU. 20 Prozentpunkte weniger waren es in der Gruppe der unter 30-Jährigen. Treue Wähler der Altersgruppe 60 plus konnten die Stimmenverluste der CDU in allen übrigen Altersklassen auf ein Gesamtergebnis von 36,8 Prozent bezwingen.

Stimmt Herzogs These von der „Rentnerdemokratie“ also doch? Wahlforscher Achim Goerres von der Universität Köln warnt vor Panikmache. Rentner würden nicht zu rücksichtslosen Egoisten, nur

weil sie in der Mehrheit seien: „Egoistisches Verhalten der Senioren bei Bundestagswahlen halte ich für absolut unrealistisch.“ Empirische Forschungen könnten eine solche These keinesfalls stützen. Die Generation 60 plus fühle sich anderen Generationen verbunden.

In einer Studie zum Familienwahlrecht, bei dem Eltern auch für ihre Kinder abstimmen, kommt Goerres zu dem Ergebnis: Eltern wählen genauso wie Nichteltern. Kölner und Wiener Wissen-



schaftler untersuchten, wie die Bundestagswahl 2005 ausgefallen wäre, hätte es damals ein Familienwahlrecht gegeben. Da das Resultat der Simulation keine größeren Abweichungen vom tatsächlichen Wahlergebnis aufwies, ist davon auszugehen, dass die Einführung eines Familienwahlrechts kurzfristig keine nennenswerten Veränderungen brächte.

**Goerres sieht außerdem das Wahlverhalten der Älteren im Wandel:** Die Generation der Nachkriegszeit sei christdemokratisch geprägt und wähle bis heute vor allem die Unionsparteien. Die nachfolgende Generation fühle sich durch die Ära Brandt und Schmidt hauptsächlich den Sozialdemokraten verbunden. Die Unterschiede verschwänden jedoch, sagt Goerres. Heute lassen sich die Wähler stärker durch das aktuelle politische Geschehen beeinflussen. Die Zahl der Stammwähler sinkt. So prognostiziert der Kölner: „In wenigen Jahren werden wir überhaupt keine generationalen Unterschiede im Wahlverhalten mehr feststellen können.“

Wenn sich die Generation 60 plus nicht zur einheitlichen Wählergruppe zusammenschließt, erscheint sie nur halb so mächtig. Das Horrorszenario der „Rent-

nerdemokratie“ verblasst bei einem Blick auf die politischen Inhalte noch mehr. „Es gibt keinen nachweisbaren Gegensatz zwischen den Wahlinteressen von Senioren und jüngeren Wählern“, sagt Goerres. „Was sind denn die Rentnerinteressen außer der Rente?“ Wenn Menschen sich im gleichen Lebensabschnitt befinden, werden sie noch lange nicht zu einer gemeinsamen Interessengruppe. Außerdem glaubt Goerres, dass die Rentner bei ihrer Wahlentscheidung auch die Interessen der Jüngeren im Blick haben. „Selbst die Kinderlosen empfinden in irgendeiner Form Solidarität mit anderen Generationen.“ Angst vor einem Ausplündern der Jungen durch die Älteren, wie es Roman Herzog an die Wand malt, scheint so nicht gerechtfertigt.

Wahlforscher Goerres warnt daher vor unüberlegten Präsenten an die stimmgegenwärtigen Alten: „Viele Rentner fühlen sich fast schon beleidigt durch die Rentenerhöhung.“ Sie sähen die Maßnahme als Wahlgewinn und Ausbeutung längerfristig angelegter Projekte. „Es könnte vielleicht sogar passieren, dass Parteien dafür bestraft werden, dass sie so einfache Lösungen und keine nachhaltige Politik anbieten.“